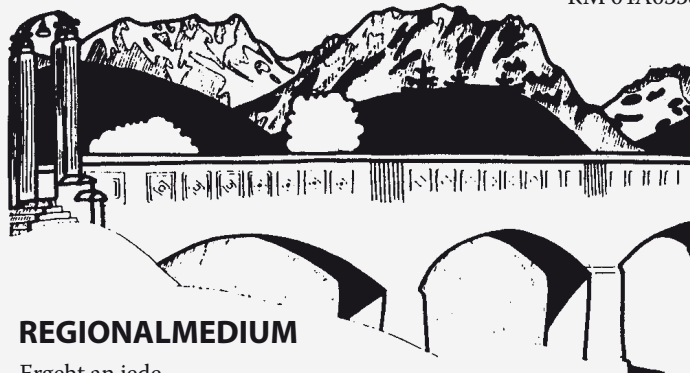


TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 8, Oktober 2026



REGIONALMEDIUM

Ergeht an jede
Postabgabestelle in Trofaiach

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung vom 24. September 2026

KPÖ fordert Unterstützung für unsere Bauern

Angesichts der aufgrund der Dürre schwierigen Lage für unsere Bauern forderte die KPÖ mittels Dringlichkeitsantrag, der Gemeinderat solle beschließen, den Trofaiacher Bauern eine Unterstützung zukommen zu lassen. In welcher Höhe und in welcher Form sollte im Fachausschuß beraten werden, um in der Dezembersitzung des Gemeinderates einen Beschluß fassen zu können.

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer-Murgg: „Zur Zeit sind unsere Bauern in großen Schwierigkeiten. Durch die lang anhaltende Dürre, die massiven Ernteaufschläge und dem damit zusammenhängenden Futtermangel wurden unsere Bauern schwer getroffen. So müssen viele Bauern Tiere

notverkaufen oder -schlachten und es muß noch immer in großen Mengen Futter zugekauft werden. Das hat dazu geführt hat, daß einerseits Futter kaum erhältlich ist und andererseits die Futterpreise explodiert sind. Unsere Bauern sind zur Zeit einer enormen Belastungsprobe ausgesetzt, viele von

ihnen sind in eine finanzielle Schieflage geraten. Deshalb soll der Gemeinderat ein Zeichen der Wertschätzung setzen und unseren Bauern, die ja auch unsere regionale Lebensmittelversorgung sicherstellen, eine Unterstützung gewähren. Der Besamungszuschuß wurde erst unlängst stark gekürzt. Eine Möglichkeit der Unterstützung wäre, den Besamungszuschuß wesentlich zu erhöhen. Aber auch andere Möglichkeiten sollen angedacht werden. Die Gemeinde gibt nach wie vor für Subventionen und andere Projekte zig-

tausende Euro aus. So wurde erst in der letzten Stadtrats-sitzung eine Subvention in Höhe von 4.000 Euro für die Befüllung des Teichs des Golfclubs beschlossen, ein Jahr davor 5.000 Euro. Diesmal sollten wir einmal unseren Bauern helfen!“ Weder Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) noch SPÖ-Fraktionsführer Moritz Trenner wollten diesem Antrag ursprünglich zustimmen. Nachdem sowohl SPÖ-Gemeinderat Rene Pichler, FPÖ-Stadträtin Monika Puntigam und ÖVP Gemeinderat Ulrich Kapaun für den Antrag eintraten, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Fortsetzung auf Seite 2

Wir kaufen Ihr Gold!

- sofort gegen Bargeld
- unbürokratisch
- zum Tageshöchstpreis

Schmuck, Münzen, Barren, Uhren
Zahngold, beschädigte Gegenstände, ...

... weil gute Geschäfte Vertrauenssache sind:

Antiquitäten Jahrbacher
gratis Auskunft 0664/33 82 716
Direkt in Leoben beim Schwammerlturm
www.jahrbacher.at www.jahrbacher.com

Schmuck Jahrbacher
0664/30 43 873
Besuchen Sie auch
unseren Online-Shop

Lesen Sie auch Seite 15



Auch
Verpfändung
möglich!

Aus dem Inhalt

Bei Verschlechterungen
ist die FPÖ immer dabei
Seite 4

Stadtwerkebilanz
Seite 5

Gemeinde klagt Bauer
Seite 6

Was die Pensionen dem
Staat wirklich kosten
Seite 14

Pulverfaß Europa
Seite 20

Fortsetzung von Seite 1

Umstrittener Bebauungsplan Stainacherweg

Vor ca. 20 Jahren wurden unter dem damaligen SPÖ-Bürgermeister der Gemeinde Hafning zwei Grundstücke am Stainacherweg, insgesamt 17.902 m², von Freiland auf „Aufschließungsgebiet

skeptisch: „Auch wenn der zweite Entwurf wesentlich besser ist als der erste, können wir nicht zustimmen. Unserer Meinung nach hätte dieser Schräghang nie zu Bauland umgewidmet werden dürfen. Das war ein schwerer Fehler! Und - das wurde uns zumindest so im Ausschuss vom Anwalt erklärt - die Gemeinde hätte immerhin noch bis ins

und Ulrich Kapaun stimmten dagegen.

Haftung nach Hangrutschung

KPÖ-Gemeinderat Christian Weiß sprach eine Hangrutschung an, die angeblich im Zusammenhang mit den Grabungsarbeiten im Zuge des Glasfaserausbau der ÖGIG im Gebiet Putzenberg 17 bis 27 ausgelöst wurde. Er wollte von Bürgermeister Mario Abl wissen, wer in einem solchen Fall die Haftung übernehme. Laut Bürgermeister Mario Abl sei ihm diese angebliche Rutschung bekannt. „Die ÖGIG bestreitet das. Wie die Haftung funktioniert, weiß ich auch nicht. Es ist aber bekannt, daß der Hang dort immer wieder gerutscht ist,“ so Abl.

Bernd Kaufmann (KPÖ) wollte wissen, wie es nun mit dem Glasfaserausbau der ÖGIG Riedgasse/Fürstenhäuser weitergehe. Laut Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) habe die Gemeinde nun drei Querungen zugestimmt. „Wir haben unser Nötigstes getan damit es funktioniert, jetzt ist die ÖGIG am Ball“, so der Bürgermeister.

FPÖ-Stadträtin Monika Puntigam wollte wissen, warum das WC in der Hauptstraße schon seit Wochen gesperrt sei? Laut Bürgermeister Mario Abl sei ein Teil des Herren WCs aufgrund eines technischen Gebrechens gesperrt. An der Behebung werde gearbeitet.

Schulgasse: zu schnell gefahren

Laut FPÖ-Gemeinderat Gerhard Eicher werde in der Schulgasse zu schnell gefahren und es gäbe dort erhöhtes Verkehrsaufkommen. Er schlägt vor mehr Kontrollen oder Bodenschwellen zu errichten. Laut Bürgermeister Abl (SPÖ) gibt es dort grundsätzlich nur Anrainerverkehr. „Meistens sind es die Anrainer, die sich aufregen,

daß die Anrainer zu schnell fahren.“ Er sagte zu, diese Beschwerde an die Polizei weiterzuleiten und im Frühjahr eine Gummischwelle zur Probe zu montieren und Verkehrs- und Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen zu lassen.

Umfassende Sanierung Gößgrabenstraße 17

Das mehr als 50 Jahre alte Gebäude in der Gößgrabenstraße 17, darin befinden sich die Mittelschule, die Polytechnische Schule, die Mehrzweckhalle, der Stadt-saal und das Hallenbad, ist stark sanierungsbedürftig. Die Sanierungskosten werden mehr als 10 Millionen Euro betragen. 2028 bis 2030 soll die Sanierung erfolgen. Der Gemeinderat beschloß einstimmig, weitere Schritte für die Erarbeitung eines umfassenden Sanierungs- und Finanzierungskonzeptes zu setzen.

Musikschulbeiträge von SPÖ und FPÖ verteuert

Die Gemeinde als Musikschulerhalter kann seit einigen Jahren frei entscheiden, wie hoch die Beiträge festgelegt werden; es gibt keine landesweite Regelung mehr. Die Trofaiacher SPÖ schlug vor, die Musikschulbeiträge für das kommende Schuljahr 2026/2027 um 3,5 Prozent zu erhöhen und ab dem Schuljahr 2027/2028 die Beiträge jedes Jahr automatisch nach dem Verbraucherpreisindex (VPI) anzuheben. Dazu braucht es in Zukunft keinen Gemeinderatsbeschuß mehr. Widerspruch kam von der KPÖ: „Schaut man sich unsere Musikschulbeiträge an, dann sind diese ohnehin viel zu hoch. Für immer mehr Eltern sind diese jährlichen Erhöhungen immer schwerer zu stemmen! Die Gemeinde könnte ja einmal auf die Erhöhung verzichten.“

Leitenbauer-Murgg kritisierte auch die zukünftigen automatischen jährlichen



Für die Grundstücke 25/1 und 25/4 (Teilfläche) wurde ein Bebauungsplan für 14 Häuser beschlossen.

für reines Wohngebiet“ umgewidmet. Seit ca. 10 Jahren will ein Investor aus Bad Ischl dort 14 Wohnhäuser mit maximal zwei Geschossen errichten. Nach Auflage des ersten Entwurfes des Bebauungsplanes im Jahr 2016 und den folgenden Anhörungen und Einwendungen der Anrainer kam es im Jahr 2017 zu massiven Schäden eines Wohnhauses unterhalb der vorgesehenen Bebauungsfläche aufgrund einer Hangrutschung. Das führte zu erheblichen Unsicherheiten vieler Anrainer. Deshalb gab es auch beim zweiten Entwurf des Bebauungsplanes abermals etliche Einwendungen, obwohl gegenüber dem ersten Entwurf zusätzliche Gutachten eingeholt und weitere Auflagen in den Bebauungsplan eingearbeitet wurden. Der Gemeinderat hatte nun diesen Bebauungsplan zu beschließen. KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer-Murgg sieht die Bebauung äußerst

Jahr 2020 den Versuch unternehmen können, das Grundstück wieder rückzuwidmen. Umso mehr weil es dort ja 2017 zu einer Hangrutschung gekommen ist, wo mindestens ein Wohnhaus schwer beschädigt wurde. Aber auch ein zweites Wohnhaus scheint betroffen gewesen zu sein, wie man aus den Stellungnahmen der Anrainer entnehmen kann. Niemand kann wirklich ausschließen, daß es bei einer neuerlichen Bebauung nicht doch wieder zu einer Rutschung kommt. Erschwerend kommt hinzu, wenn tatsächlich etwas passiert, die Anrainer wie beim Haiderhofweg auf den Zivilrechtsweg verwiesen werden, wo sie sich dann mit Firmen, Gutachtern oder wem auch immer streiten müssen.“

Der Bebauungsplan Stainacherweg wurde mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und ÖVP-Gemeinderat Tobias Prätaler beschlossen, KPÖ und die beiden ÖVP-Gemeinderäte Michael Winkler

Indexerhöhungen nach VPI. „Diese jährlichen Indexsteigerungen werden in Zukunft aufgrund der hohen Inflation die wir haben, vermutlich massiv sein!“ Bürgermeister Mario Abl sieht das anders: „Unsere Musikschule hat jedes Jahr mehr Kinder, sie wird extrem gut angenommen. Daß sich die Leute das nicht leisten können, stimmt nicht!“

Die Erhöhung der Musikschulbeiträge für 2026/2027 und die jährliche automatische Erhöhung ab dem Schuljahr 2027/2028 wurden von SPÖ und FPÖ beschlossen, KPÖ und ÖVP stimmten dagegen.

SPÖ-Dringlichkeitsantrag: Orange Bank

In einem Dringlichkeitsantrag forderte die SPÖ, eine Bank im Trofaiacher Ortsgebiet in der Farbe orange zu gestalten. Auf der Bank soll eine Tafel mit der Telefon-

nummer der „Frauenhelpline gegen Gewalt“ und ein QR-Code der zu Informationen über Gewaltschutz führt, angebracht werden. Damit will man sich an der internationalen Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ beteiligen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortlicher Chefredakteur: Gabi Leitenbauer-Murgg. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Angehörigenregreß bei der Pflege wieder einführen?

In der letzten Ausgabe der Trofaiacher Nachrichten haben wir unsere Leserinnen und Leser gefragt, was sie von der Forderung halten den Angehörigenregreß wieder einzuführen bzw. auch die 13./14. Pension für die Finanzierung des Pflegeplatzes zu verwenden. Derartige Forderungen wurden in den letzten Monaten immer wieder erhoben, um die Finanzierungslücke im Pflegebereich zu schließen.

Wir zitieren aus einigen Lesermeinungen.

„Es gäbe andere Sparmaßnahmen. Nicht immer die Schwächsten belasten.“

M.L., 8793 Trofaiach

„Diese Vorschläge sind eine bodenlose Gemeinheit.“

K.O., 8793 Trofaiach

„Wie fühlt man sich im Pflegeheim, wenn man immer gearbeitet und seine Steuern bezahlt hat, um dann die eigene Familie zu belasten – armselig!“

B.S., 8793 Trofaiach

„Ich bin eher für eine Pflegeversicherung.“

A.P., 8793 Trofaiach

„Von derartigen Plänen halte ich überhaupt nichts!“

S.P., 8793 Trofaiach

„Auf keinen Fall den Angehörigenregreß wieder einführen und Hände weg von der 13. und 14. Pension. Mit dieser zahlen sich viele Pflegeheimbewohner notwendige Dinge wie Medikamente, Friseur etc.“

L.K., 8793 Trofaiach



BELLAGGIO
GELATERIA



Im Leoben City Shopping
Montag bis Freitag 7:30 bis 19:00
Samstag 7:30 bis 18:00



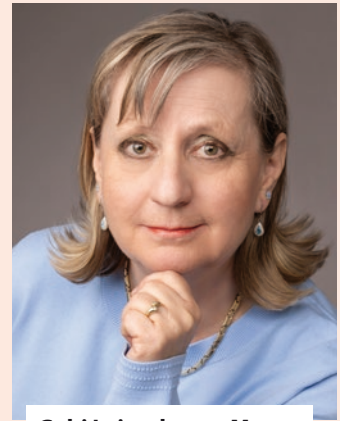
KOMMENTAR

Viele Trofaiacherinnen und Trofaiacher fragen uns, ob die FPÖ nicht im Gemeinderat vertreten sei, da man von ihr kaum etwas hört. Die FPÖ gibt es im Gemeinderat; sie sitzt seit der letzten Gemeinderatswahl dort mit fünf Mandataren, aber wahrnehmbar ist sie bis heute kaum. Bei jeder von der SPÖ vorgeschlagenen Belastung, die unsere Bevölkerung trifft, heben die Fünf stets brav die Hände und nicken alles ab, was die SPÖ-Mehrheit im Gemeinderat einbringt. Man könnte meinen, die FPÖ wäre der Juniorpartner der SPÖ. In den letzten Monaten hat der Gemeinderat auf Initiative der SPÖ gegen die Stimmen der KPÖ und teilweise auch gegen die der ÖVP zwei – bei den Anrainern – äußerst umstrittene Bebauungspläne beschlossen. Mit im SPÖ-Boot

Über fünf „linientreue“ Gemeinderäte

auch hier die FPÖ. Besonders „hervorgetan“ hat sich dabei FPÖ-Gemeinderat Clemens Puntigam. Seine Mutter, FPÖ-Stadträtin Monika Puntigam und er sind selbst betroffene Anrainer im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Haiderhofweg. Sie haben, wie auch fast alle anderen Anrainer, eine schriftliche Stellungnahme im Verfahren dazu abgegeben, die der Gemeinderat mit dem Bebauungsplan mitbehandelte. Deshalb wären sie laut Gemeindeordnung bei diesem Tagesordnungspunkt befangen gewesen. Beide hätten sich somit weder an der Diskussion beteiligen, noch an der Abstimmung teilnehmen dürfen. Das haben sie trotzdem gemacht. Mehr noch: Clemens Puntigam hat den Bebauungsplan und die dafür Verantwortlichen in den Himmel gelobt und die KPÖ für ihre ablehnende Hal-

tung des Bebauungsplanes heftig kritisiert. Ich finde es zudem eigenartig, daß Clemens Puntigam, laut eigener Aussage im Gemeinderat, gleich nach der vertraulichen Ausschusssitzung, in welcher der Bebauungsplan beraten wurde, seine Nachbarn über die Inhalte des Ausschusses informierte und Bürgermeister Mario Abl dazu nichts einfel. Erinnern wir uns: Der Bürgermeister selbst war es, der vor einiger Zeit meinen Gemeinderatskollegen Bernd Kaufmann angezeigt hatte, weil er angeblich Inhalte aus einer Ausschusssitzung an Dritte „ausgeplaudert“ hätte. Abl mißt hier augenscheinlich mit zweierlei Maß – wer nicht spurt, wird angezeigt, wer gehorsam den Steigbügelhalter macht, darf sich alles erlauben! Das sprichwörtliche Faß zum Überlaufen brachte der FPÖ-Gemeinderat mit seiner Behauptung, ihm und seinen



Gabi Leitenbauer-Murgg
KPÖ-Vizebürgermeisterin
Tel. 038 42 / 22 670

Nachbarn sei es egal, ob dort Häuser errichtet würden und erweckte damit den Eindruck, es gäbe kaum Anrainer, die etwas gegen die Bebauung hätten. Diese Aussage hat viele der betroffenen Anrainerinnen und Anrainer erzürnt. Uns haben nach der Sitzung etliche Betroffene empört angerufen und versichert, sie seien sehr wohl nach wie vor gegen diese Bebauung und daß es unter den Anrainern wohl kaum jemanden gäbe, der die Aussage von Clemens Puntigam unterstützen würde. So viel zur FPÖ im Gemeinderat!

Wenn es Verschlechterungen gibt, ist die FPÖ im Trofaiacher Gemeinderat immer dabei

Einige der vielen Verteuerungen, Verschlechterungen und Belastungen für unsere Bevölkerung, denen die FPÖ-Mandatare nach der Gemeinderatswahl zugestimmt haben:

- 25 %-Kürzung der Besamungskosten-Förderung für unsere Bauern und Aussetzung der Indexierung
- Abschaffung der Brennstoffaktion von 120 Euro für Trofaiacherinnen und Trofaiacher mit geringem Einkommen trotz hoher Fernwärmepreise
- Streichung des Zuschusses beim Austausch eines alten Haushaltsgerätes bis zu 100 € für Trofaiach-Plus-Card Bezieher
- Zuschuß für Essen auf Rädern (mit Ausnahme für Trofaiach-Plus-Card Bezieher)
- Streichung der Förderung des Klimatickets in Höhe von 50 bis 100 Euro
- Verschlechterung der Anspruchsberechtigungen für Trofaiach-Plus-Card-Bezieher
- Je 50 %-Kürzung der Förderung bei Geburt und bei Schuleintritt eines Kindes (Ausnahme nur Trof. Plus-Card-Bezieher)
- Streichung aller Ökoförderungen
- Verteuerungen der Einzelfahrten bei gMmein- und City-Bus
- Reduzierung der täglichen City-Bus Fahrzeiten um mehr als 2 Stunden und Entfall der Fahrten an Samstagen
- Massive Preissteigerungen bei Freibad, Hallenbad und Sauna
- 66 %-Verteuerung der Bereitstellungsgebühr bei Wasser
- 43 %-Verteuerung der Bereitstellungsgebühr bei Kanal

Aus der Trofaiacher Gemeinderatssitzung vom 25. Juni 2026

Stadtwerkebilanz 2025: fast 1,2 Millionen Gewinn

Der Bilanzgewinn 2025 beträgt 1.182.436 Euro. Davon werden als Dividende 294.000 Euro an Judenburg ausgeschüttet, 306.000 Euro wandern ins Budget der Gemeinde. Der Rest wird der Gewinnrücklage zugewiesen. Während alle anderen Parteien über das Ergebnis große Zufriedenheit ausdrückten, kam – wie in den letzten Jahren – einzig Kritik von der KPÖ.

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer-Murgg: „Vom stolzen Bilanzgewinn gehen wieder fast 300.000 Euro nach Judenburg. Somit hat allein Judenburg in den letzten 15 Jahren von den Stadtwerken Trofaiach mehr als 5,34 Millionen an Dividenden kassiert. Der Bilanzgewinn der Stadtwerke hat in den letzten 15 Jahren mehr als 20 Millionen Euro ausgemacht. Die Einzige, die von diesen Riesengewinnen nicht profitiert, ist die Trofaiacher Bevölkerung, der jedes Jahr eine saftige Gebührenerhöhung aufgebrummt wird.“ Leitenbauer wies im Zusammenhang mit der Bilanz auch auf die finanziellen Auswirkungen der massiven Erhöhung der Aufsichtsratsvergütungen für die Aufsichtsräte hin. Diese wurde gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen. „Wurden im Bilanzjahr 2024 an die Aufsichtsratsmitglieder insgesamt 6.900 Euro ausbezahlt, waren es 2025 bereits 16.900 Euro. Im Jahr 2026 wird sich dieser Betrag noch einmal verdoppeln! Und das für nur vier Aufsichtsratssitzungen im Jahr!“

Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) rechtfertigte die Erhöhung aufgrund der vielen Ar-

beit und großen Verantwortung der Aufsichtsräte.

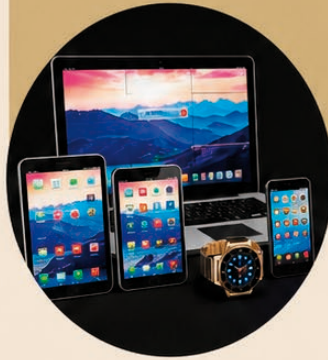
Gabi Leitenbauer-Murgg

konterte: „Auch ein Gemeinderat hat nicht weniger Arbeit und Verantwortung, der bekommt vierhundert Euro, allerdings für das gesamte Jahr und das auch nur wenn er bei allen Sitzungen anwesend ist!“

DAS PFANDHAUS PFANDLEIHE & GOLDANKAUF

**SOFORT
GELD
IN BAR**

Seriöse, verlässliche PFANDLEIHE



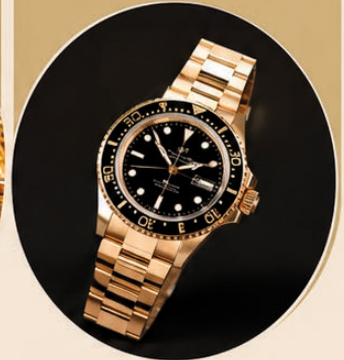
Schnelle Hilfe in finanziellen Engpässen – diskret, flexibel und unkompliziert.

Experte für GOLDANKAUF



Wir kaufen Ihr Gold in jeder Form: Schmuck, Münzen, Barren, Zahngold, Altgold u.v.m.

Ankauf von LUXUSUHREN



Wir kaufen hochwertige Luxusuhren aller bekannten Marken.



JETZT GRATIS SCHÄTZUNG IM PFANDHAUS

- ✓ Kostenlose und unverbindliche Bewertung
- ✓ Sofort Bargeld vor Ort
- ✓ Diskrete und seriöse Abwicklung



FAIRE PREISE
Transparente und marktgerechte Bewertung.



SCHNELL & UNKOMPLIZIERT
Sofortige Abwicklung ohne lange Wartezeiten.



DISKRET & VERTRAULICH
Absolute Diskretion ist für uns selbstverständlich.



ERFAHREN & VERLÄSSLICH
Langjährige Erfahrung und kompetente Beratung.

Rechnungshof kritisiert Spitzengagen

Unlängst kritisierte der Landesrechnungshof die Millionengagen, welche die Vorstände der Stadtwerke Judenburg AG bekommen. Alleine Vorstandsvorsitzender Manfred Wehr bezog eine Gage, welches jene des Landeshauptmanns weit übersteigt. Wehr sitzt auch im Aufsichtsrat der Stadtwerke Trofaiach GmbH.



www.pfandhaus-leoben.at



Das Pfandhaus
Waasenplatz 1
8700 Leoben



0660 / 790 10 36
Wir sind für Sie da!

Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung vom 14. September 2026

Gemeinde schaltet Rechtsanwalt gegen einen Trofaiacher Bauern ein

Bereits in der Juni-Sitzung des Gemeinderates wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen, ein Gemeindegrundstück beim Golfplatz Gai an die Besitzerin der Grundstücke des Golfplatzes, Margit Ertl, zu verkaufen und aus dem öffentlichen Gut auszuschneiden. Einer der betroffenen Bauern reichte eine Klage auf Einhaltung seiner Dienstbarkeit und der Befahrung mittels landwirtschaftlicher Fahrzeuge ein. Nun beschloß der Stadtrat die Beauftragung eines Rechtsanwaltes mit der Vertretung der Gemeinde.

Protest gegen die Vorgangsweise kam einzig von der KPÖ. Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer-Murgg reagierte empört: „Gerade jetzt haben unsere Bauern mit so vielen Probleme zu kämpfen, wegen der Dürre und der fehlenden Futtermittel. Viele schnappen bereits auf und keiner hilft ihnen, weder der Bund, noch das Land! Statt Dankbarkeit zu zeigen,

daß wir in unserer Gemeinde noch Bauern haben die uns mit Lebensmitteln versorgen, schikaniert die Gemeinde die Bauern, sperrt ihnen den Zufahrtsweg und gibt dann auch noch Geld dafür aus, daß man sie rechtlich bekämpft.“ Der Auftrag an den Grazer Rechtsanwalt Dr. Neger wurde von SPÖ und FPÖ beschlossen, die KPÖ stimmte dagegen.

Kulturveranstaltungen

Für Ausgaben im Rahmen des an den drei Advent-Wochenenden im Schloßpark Stibichhofen stattfindenden Adventmarktes, den Fitmarsch im Oktober und für die Krampusmasken-Ausstellung wurden insgesamt 55.532 Euro freigegeben.

Neben einigen kleineren Unterstützungsleistungen, bekommt der Golfclub Trofaiach für die Befüllung seines Speicherteiches 4.000 Euro und das „Life Music Projekt“ für seine Veranstaltung im November eine Subvention von 3.000 Euro.

Für die Musikschule werden 11 Notebooks angekauft,

11.000 Euro wurden dafür freigegeben.

Liftnachrüstung um 205.000 Euro

Das Gebäude in der Rebenburggasse 5, hier befindet sich unter anderem der Sepp-Luschnik-Saal und vier Wohnungen, bekommt einen Lift. Auftragsvergaben in Höhe von insgesamt 205.355 Euro wurden beschlossen.

Für 48 Studenten gibt es nachträglich für das Wintersemester 2025 einen Fahrtkostenzuschuß von je 100 Euro.

Diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Oktoberbier genießen



Bis Ende Oktober können Sie im Gösler Bräu Leoben das traditionelle Oktoberbier genießen. Es ist ein helles, untergäriges Vollbier mit 5,2 % Alkoholgehalt und hat eine Stammwürze von 11,9°. Es besticht durch seine feine Malznote und den angenehmen Hopfenton. Das Oktoberbier ist mit seiner strohgelben Farbe auch ein Genuß für das Auge. Liebhaber eines guten steirischen Bieres sollten deshalb im Gösler Bräu vorbeischaun um das Oktoberbier zu genießen.

Was uns ein- und auffällt...

...daß mit der **neuen Paketsteuer von 2,40 Euro** nur die großen Online-Händler getroffen werden sollten, glaubt man den Beteuerungen von Stocker & Co. Tatsächlich zahlen die Kundinnen und Kunden diese neue Steuer und finanzieren sich so die Mehrwertsteuersenkung einiger weniger Lebensmittel selbst. Die eine Hand gibt's, die andere nimmt's.

...daß die ab Oktober geltende **Spritpreisbremse** eine Augenauswischerei ist. Der Finanzminister weiß sehr wohl, durch die gestie-

genen Grundpreise bei Benzin und Diesel, steigen seine Mehrwertsteuereinnahmen per Automatismus gewaltig. Vielleicht sollte die Bundesregierung endlich auch hier die Übergewinne reduzieren.

...daß die SPÖ im Landtag die **Schließung von Spitälern und Abteilungen** zu Recht kritisiert, es aber sie selbst war, die bis vor der Landtagswahl in der Landesregierung genau diese Schließungspolitik vehement verteidigt und damit erst der FPÖ zu einem Wahlerfolg verholfen hat.



Gösser BRÄU

LEOBEN

- FESTSAAL
- KEGELBAHN
- PARTYRAUM
- GASTGARTEN
- SEMINARRAUM
- CATERING



03842 28 530



www.gösserbräu-leoben.at



Turm-gasse 3, 8700 Leoben



office@gösserbräu-leoben.at



**Montag bis Sonntag: 10 bis 22 Uhr
Mittwoch Ruhetag**

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung vom 25. Juni 2026

Bebauungsplan Haiderhofweg beschlossen

Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ wurde der Bebauungsplan Haiderhofweg beschlossen. Auf 16.344 Quadratmetern will man 16 Wohnhäuser auf einem Schräghang errichten. Bereits im Jahr 2024 wurde vom Bürgermeister ein Entwurf des Bebauungsplanes aufgelegt, der Großteil der Anrainer lief dagegen Sturm. Das zwang die Gemeinde, ein ergänzendes Gutachten erstellen zu lassen und etliche zusätzliche Auflagen in den Bebauungsplan einzuarbeiten.

Trotzdem gab es auch zum nun beschlossenen Bebauungsplan etliche Einwendungen von betroffenen Anrainerinnen und Anrainern. Scharfe Kritik übte KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer-Murgg: „Auch wenn bei diesem Bebauungsplan vieles besser ist als beim ursprünglichen Entwurf und

etliche Auflagen eingearbeitet wurden, wird die KPÖ nicht zustimmen. Fast alle Anrainer haben massive Einsprüche gemacht und Sorgen und Bedenken geäußert. Diese sind für uns völlig nachvollziehbar. Den Anrainern geht es noch immer um die fragile Stabilität des Hanges. Sie haben Angst vor Erdstür-

Dieses Grundstück am Haiderhofweg soll verbaut werden.



sungen, sorgen sich um den zunehmenden Verkehr und um die Oberflächen-Problematik. Bei Starkregen gibt es bereits seit Jahren Probleme beim Haiderhofweg, die die Gemeinde bisher nicht in den Griff bekommt.“ Gabi Leiten-

bauer-Murgg warf die Frage auf, wer bei einem allfälligen Schaden haftet: „Wenn es nun doch zu Hangrutschungen und zu Schäden an Gebäuden kommt, wer übernimmt dann die Haftung? Weder die Gemeinde noch das

Trachten FEILER: In Tracht durch den Herbst

Bedauerlicherweise konnte unser beliebtes Trachten-Oktoberfest in diesem Jahr nicht stattfinden. **Als Entschuldigung und kleines Dankeschön an unsere treuen Kunden möchten wir Ihnen dennoch eine Freude bereiten: Bei einem Einkauf bis Ende November erhalten Sie 10% Rabatt bei Barzahlung!**

Seit vielen Jahren steht **Trachten Feiler** für gelebte Tradition, persönliche Beratung und hochwertige Trachtenmode. Was einst als kleines Geschäft begann, hat sich zu einer beliebten Adresse für Trachtenliebhaber entwickelt –

mit einer großen Auswahl für Damen, Herren und Kinder. Ob klassisches Dirndl, Lederhose, festliche Trachtenmode oder ein modernes Trachten-Outfit für den Alltag – bei uns finden Damen, Herren und Kinder das passende Lieblingsstück. Besonders wichtig ist uns die **persönliche Beratung**. Wir nehmen uns Zeit

für Sie und helfen Ihnen, ein Outfit zu finden, das nicht nur gefällt, sondern auch perfekt sitzt und Ihren persönlichen Stil unterstreicht. Und sollte einmal etwas nicht ganz passen, sorgt unser haus-

eigener **Änderungsservice** dafür, daß Ihr Trachtenstück wie angegossen sitzt.

Auch **Vereine, Gruppen und Firmen** sind bei uns herzlich willkommen. Gemeinsam finden wir individuelle Lösungen und perfekt abgestimmte Trachten-Outfits für besondere Anlässe und gemeinsame Auftritte. Entdecken Sie jetzt die **aktuelle Herbstkollektion von Trachten Feiler** und lassen Sie sich von der Vielfalt der Trachtenmode inspirieren.

Für alle, die bereits frühzeitig Geschenke suchen: Bei uns gibt es **schöne Geschenkideen und Geschenkgutscheine für Weihnachten!**

Bei und finden Sie liebevolle Geschenke aus der Region – wie unseren beliebten Eisenstraßen-Schal, Trofaiacher-Schal und Grü-

ner-See-Schal. Oder schenken Sie einfach Freude mit einem unserer Geschenkgutscheine



Trachten Feiler hat auch exklusive Hochzeitbekleidung im Sortiment!

Trachten Feiler • Trofaiach, Langfelderstraße 2 • www.trachten-feiler.at

Land! Die Anrainer können sich dann mit dem Gutachter bzw. dessen Versicherung streiten. Dieser Hang hätte nie zu Bauland umgewidmet werden dürfen!“ Ganz anders sah das die FPÖ. Von FPÖ-Gemeinderat Clemens Puntigam kam großes Lob für den Bebauungsplan. Seine Mutter, FPÖ-Stadträtin Monika Puntigam und er sind selbst betroffene Anrainer und haben auch im Verfahren eine Stellungnahme dazu abgegeben, weshalb beide laut Gemeindeordnung bei diesem Tagesordnungspunkt befangen gewesen wären und den Sitzungssaal eigentlich hätten verlassen müssen. Clemens Puntigam widersprach Leitenbauer-Murgg. Für ihn und all seine Nachbarn, mit denen er angeblich gesprochen habe, sei diese Bebauung keine Problematik. Puntigam: „Es ist uns generell egal, ob dort Häuser stehen!

Um dort zu bauen, müssen von denen die bauen wollen, auch zusätzliche Gutachten erstellt werden!“ Er bedankte sich bei der Gemeinde: „Der Bebauungsplan wurde sehr gut ausgearbeitet, es wurden wahrscheinlich auch sehr viele unnötige Sachen mit hineingeschrieben um sicherzustellen, daß uns nichts passiert. Selbst wenn etwas passiert, haben wir am Ende jemanden, auf den wir zurückgreifen können.“ Der Bebauungsplan wurde von SPÖ und FPÖ beschlossen, auch von den beiden FPÖ-Mandatären Monika und Clemens Puntigam. KPÖ und ÖVP stimmten dagegen.

Grundstück bei Golfplatz verkauft

Die Besitzerin der Grundstücke des Golfplatzes in Gai, Frau Margit Ertl, ist an die Gemeinde herangetreten, um ein 3.146 m² großes Gemein-

degrundstück zu kaufen. Der Weg gehe mitten durch den Golfplatz und ende in einer Sackgasse; es sei kein öffentliches Interesse am Weg gegeben. Deshalb solle das Grundstück um 7.550 Euro verkauft werden, lautete das Argument der SPÖ. Bei der Gemeinderatssitzung im März mußte auf Antrag von KPÖ, ÖVP und FPÖ der Verkauf des Grundstückes von der Tagesordnung abgesetzt werden, da die SPÖ die notwendige Zweidrittel-Mehrheit nicht hatte. Nun wurde der Verkauf mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und ÖVP durchgezogen, obwohl bereits in der März Sitzung KPÖ-Gemeinderat Bernd Kaufmann und ÖVP-Gemeinderat Ulrich Kapaun darauf hingewiesen hatten, daß drei Bauern durch den Verkauf Probleme bei den Zufahrtswegen zu ihren daneben liegenden landwirt-

schaftlich genutzten Grundstücken bekommen würden. Auch wurde im März beschlossen, daß vor einem neuerlichen Beschluß alle Betroffenen in die Ausschusssitzung eingeladen werden, um zu einer Lösung zu kommen. Das ist nie passiert. KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Ich finde es unerhört, daß es einen einstimmigen Gemeinderatsbeschuß gibt, alle Beteiligten zur Ausschusssitzung einzuladen und Du Herr Bürgermeister, einfach darauf pfeifst.“

Statt Klarheit mehr Fragezeichen

Auch KPÖ-Gemeinderat Bernd Kaufmann verstand die Welt nicht mehr: „Seit der letzten Gemeinderatssitzung gibt es keine neuen Fakten. Im Gegenteil: Es sind mehr Fragezeichen entstanden, weil

Fortsetzung auf Seite 10

TRACHTEN FEILER
Tradition • Qualität • mit Herz

Bis Ende November
-10% Rabatt
bei Barzahlung

Langfelderstr. 2, 8793 Trofaiach | Tel. 03847/2308 | www.trachten-feiler.at
Di – Fr: 9:00 – 12:30 & 15:00 – 18:00 Uhr, Sa 9:00 – 12:00 Uhr

TRACHTEN FEILER

Trachtig durch den Herbst
in Trachtenmode
von **TRACHTEN FEILER**

Langfelderstraße 2, 8793 Trofaiach
Tel. 03847/2308, www.trachten-feiler.at
Di – Fr: 9:00 – 12:30 & 15:00 – 18:00 Uhr
Sa 9:00 – 12:00 Uhr

Fortsetzung von Seite 9

einer der Anrainer, ein betroffener Bauer, eine Klage gegen die Gemeinde in dieser Sache eingebracht hat.“ Kaufmann verwies noch einmal auf den schon in der letzten Sitzung angesprochenen Bescheid der Bezirkshauptmannschaft. „Hier steht ganz dezidiert, daß bei dieser Wegparzelle die Aufrechterhaltung der Verkehrswege zur wirtschaftlichen Nutzung gewährleistet bleiben muß. Das ist ein rechtsgültiger Bescheid! Die Gemeinde kann den Bescheid der BH nicht aufheben! Der Käufer muß diese Pflichten übernehmen, wenn die Öffentlichkeit des Weges aufgehoben wird. Darüber steht aber nichts im Kaufvertrag.“ Bürgermeister Abl (SPÖ) entgegnete darauf, daß aufgrund der eingebrachten Klage dem Kaufvertrag ein dementsprechender Pas-

sus zugefügt wurde: Sollte die Klage vor Gericht im Sinne des klagenden Anrainers entschieden werden, wäre der Kaufvertrag ungültig.

Um zu verhindern, daß der Gemeinde durch etwaige Gerichtsverfahren Kosten entstehen, stellte Kaufmann den Antrag, die beiden Tagesordnungspunkte bis auf weiteres von der Tagesordnung abzusetzen. Außerdem soll der Bürgermeister beauftragt werden, eine außergerichtliche Lösung zu suchen. Der Antrag von Kaufmann wurde von SPÖ, FPÖ und eigenartigerweise auch von der ÖVP abgelehnt. Die beiden ursprünglichen Anträge der SPÖ über den Verkauf des Grundstücks und die Herausnahme aus dem öffentlichen Gut wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen, nur die KPÖ stimmte dagegen.



KOSTENLOSE MIETER- BERATUNG

Die KPÖ bietet
Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

**Interessenten werden gebeten, sich
unbedingt telefonisch anzumelden:**

038 42/ 22 6 70

Café – Restaurant St. Michael

**Wildwochen bis Mitte November
Ganslessen ab 6. November**



WIR SIND FÜR SIE DA
Durchgehend warme Küche
Reservierungen: 0664 / 15 22 009

Öffnungszeiten:
Montag Ruhetag
Di – Fr 11 bis 21 Uhr
Sa, So und Feiertag von 10 bis 16 Uhr

Moderne Heizsysteme mit Erfahrung und Kompetenz – Fink Installationen aus Leoben

Seit Jahrzehnten beschäftigt sich die Firma Fink Installationen mit der Modernisierung von Heizungsanlagen und der Umsetzung effizienter Heizlösungen. Die Erfahrung aus vielen Jahren im Bereich Heizungstechnik ist die Grundlage für unsere individuelle Beratung und fachgerechte Umsetzung.

Seit mehreren Jahren liegt unser besonderer Schwerpunkt auf der Planung und Installation moderner Biomassekessel. Unsere Mitarbeiter sind bestens geschult und verfügen über das notwendige Know-how für die fachgerechte Montage sowie den professionellen Anschluss der Anlagen.

Die Planung einer neuen Heizlösung ist jedoch Chefsache: Harald Fink berät Sie persönlich als zertifizierter Biowärme-Installateur – unabhängig davon, ob es sich um einen Neubau oder die Modernisierung Ihres bestehenden Gebäudes handelt.

Auf unserer Homepage finden Sie verschiedene Kontaktformulare für unterschiedliche Beratungsvarianten. So können Sie ganz einfach die für Sie passende Möglichkeit wählen – egal, ob Sie langfristig planen oder



Harald Fink
Fink-Installationen GmbH

kurzfristig handeln müssen, weil Ihre bestehende Heizungsanlage unerwartet ausgefallen ist.

Wir sind Ihr Ansprechpartner für moderne, effiziente und zukunftsorientierte Heizsysteme. Gemeinsam mit unserem langjährigen Partner Windhager können wir individuelle Lösungen realisieren und Ihre Wünsche rund um Wärme und Komfort umsetzen.

Kontaktieren Sie uns – wir beraten Sie gerne persönlich und finden gemeinsam die passende Heizlösung für Ihr Zuhause.

Fink Installationen
Pestalozzistraße 63
8700 Leoben

<https://fink-installationen.at>

windhager
BEST HEATING TECHNOLOGY

+
WIE DIE NATUR:
**FINDET
ÜBERALL
PLATZ.**



BioWIN2 –

einer der kleinsten Pelletkessel seiner Klasse.

Bis zu 5 Jahre Vollgarantie, zigtausende zufriedene Kunden und über eine Milliarde Betriebsstunden an Erfahrung machen den kompakten und leistungsstarken BioWIN2 zur beliebtesten Pelletsheizung von Windhager. Natürlich aus Österreich. www.windhager.com

1-2 mal jährliche
Entleerung durch fahrbare
XXL-Aschebox

Einfach einzubringen
und zu montieren
durch geteilte Lieferung



FINK



Installationen GmbH

Pestalozzistraße 63, 8700 Leoben
Tel 03842 / 21 4 84, Fax 03842 / 21 4 84 - 14
www.fink-installationen.at, office@fink-installationen.at

Wir beraten Sie ...

Badgestaltung Heizung Alternativennergien

Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung vom Juni 2026

Folgen der Kürzungspolitik: FPÖ

Die Sozialpolitik von FPÖ-Landesrat Hannes Amesbauer hat nach einem guten Jahr bereits massive Einschnitte für viele Menschen gebracht. Mittlerweile zeigt sich, daß von den Kürzungen in großer Mehrheit vor allem österreichische Staatsbürger betroffen sind. So ist ein Effekt der Abschaffung der Inflationsanpassung der Wohnunterstützung, daß Mindestpensionisten jetzt sogar weniger Wohnunterstützung pro Monat bekommen als vorher, während die Wohnkosten weiter steigen.

Die neue Regelung der Sozialunterstützung trifft Familien besonders hart. Erst kürzlich hat sich eine alleinerziehende Mutter an die KPÖ gewandt – auch sie eine österreichische Staatsbürgerin. Durch die „Reformen“ von FPÖ und ÖVP verliert sie über 500 Euro pro Monat für sich und ihre drei Kinder. Gleichzeitig weigert sich die

FPÖ-ÖVP-Landesregierung die Folgen ihrer Politik genau anzuschauen. Eine schriftliche Anfrage der KPÖ, wie sich Armut in der Steiermark entwickelt und welche Auswirkungen die Maßnahmen der Landesregierung haben, wurde schlicht nicht beantwortet. „Wir sind der Meinung, ein Soziallandesrat sollte sich für diese Themen

und Daten interessieren“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz. „Die Kürzungen treffen viele Menschen, man kann nicht so tun, als hätten sie keine Auswirkungen.“

Hitzebelastung: KPÖ will Einbau von Klimaanlagen erleichtern

Der heurige Sommer war extrem heiß. Vor allem ältere Menschen und Menschen, die viel Zeit zuhause verbringen müssen, leiden stark darunter. Eine Klimaanlage kann Abhilfe schaffen. Wenn man aber nicht in einem Einfamilienhaus wohnt, sondern in einer Eigentums- oder Mietwohnung, ist es nicht leicht, die dafür nötigen Genehmigungen zu bekommen. Bewohner müssen sich dort oft mit mobilen Klimaanlagen begnügen, die weniger effektiv sind und mehr Energie verbrauchen, als fix montierte Anlagen. Der Einbau einer Beheizungsanlage zur Abwehr von Kälte gilt rechtlich als schutzwürdiges Interesse. Eine gesetzliche Privilegierung ermöglicht, daß sich der Einbau einer Heizung deutlich leichter durchsetzen läßt als sonstige bauliche Änderungen. Für

Klimaanlagen gilt das allerdings nicht. Die KPÖ fordert von der Bundesregierung für Klimaanlagen ebenso diese Erleichterungen zu schaffen. Der Antrag wurde allerdings von FPÖ, ÖVP und Neos abgelehnt.

Gesundheit: Fehlentscheidungen seit vielen Jahren

Die SPÖ – nunmehr in Opposition – kritisierte in der Landtagssitzung die Gesundheitspolitik des Landes. Freilich stimmt es, daß sowohl im Bereich der niedergelassenen Ärzte als auch in der Pflege große Mängel vorherrschen. Auch die Tendenz zum Abbau von Krankenhausbetten, die Schließung von Stationen und die De-facto-Schließung von Krankenhäusern hat sich unter Landeshauptmann Kunasek (FPÖ) genauso fortgesetzt wie unter seinen Vorgängern von der ÖVP. Was die Sozialdemokraten allerdings vergessen: Noch in Regierungsfunktion haben sie allen Plänen, die diese Kürzungen und den Rückbau der Gesundheitsversorgung vorgezeichnet haben, durchwegs zugestimmt. „Wenn die SPÖ nun vor einem Gesundheits-

Die gute Wahl für Ihre gesunde Ernährung



2 halbe Grillhendl
mit 2 Salaten

nur € 19,90

Angebot nur mit diesem Gutschein erhältlich
 Angebot gültig bis 30.11.2026

Ersparnis € 7,-

GUTSCHEIN

GUTSCHEIN

- Im LCS gegenüber Eurospar
- Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben
- Langfelder Str. 3, 8793 Trofaiach

**Unsere steirischen Hendl
aus Bodenhaltung**

Nährwerte
Pro 100g 200-230kcal
Hochwertige Eiweiße, sehr gut verdaulich
Fettgehalt stark reduziert durch sorgsames grillen

**HIGH
PROTEIN
LOW CARB**

Allergenfrei
Laktosefrei
Glutenfrei



Alexander Melinz, KPÖ:
„Die neue Regelung bei der Sozialunterstützung trifft auch österreichische Familien besonders hart.“

will Augen verschließen

und Pflegenotstand warnt, dann muß man schon sagen: Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Der Regionale Strukturplan Gesundheit – also die zentrale Grundlage für Planung und Steuerung der Gesundheitsversorgung – wurde über viele Regierungsperioden hinweg von SPÖ und ÖVP gemeinsam beschlossen und mitgetragen. Genau diese politischen Entscheidungen haben die heutige lückenhafte Struktur und das wachsende regionale Ungleichgewicht überhaupt erst möglich gemacht. Leider hat die SPÖ die guten Ideen immer erst, wenn sie in der Opposition ist,“ so Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ).

Realitätsferne Pflegepolitik: Landesrat Kornhäusel (ÖVP) plant weitere Belastungen für Heimbewohner

Daß der Pflegebereich vor großen Herausforderungen

steht, ist seit Jahren bekannt: Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt kontinuierlich, gleichzeitig fehlen Pflegekräfte, während hohe Belastungen, zunehmender Arbeitsdruck und eine starke Fluktuation die Situation weiter verschärfen. Umso befremdlicher ist die Prioritätensetzung von Gesundheitslandesrat Kornhäusel (ÖVP). „Anstatt endlich nachhaltige Maßnahmen zur Entlastung des Personals und zur langfristigen Absicherung der Pflege vorzulegen, bringt der Landesrat nun ernsthaft ins Spiel, die Pflegeheimbewohner stärker zur Kasse zu bitten. Seiner Meinung nach sollen künftig Kostenbeiträge aus dem Urlaubsgeld eingehoben werden. Pflegebedürftige Menschen und ihre Familien müssen schon jetzt einen enormen Teil ihres Einkommens für die Pflegekosten aufbringen – ausgerechnet bei jenen zusätzlich abzukassieren, die auf Unterstützung

angewiesen sind, zeigt, wie weit sich die blau-schwarze Politik von der Realität der Steirer entfernt hat. Wer die Finanzierung der Pflege auf dem Rücken älterer und pflegebedürftiger Menschen sichern will, hat den moralischen Kompass endgültig verloren“, kritisiert Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ).

Bundeskürzungen belasten steirische Unis

Die jüngst angekündigten Kürzungen der Universitätsbudgets durch die Bundesregierung geben auch in der Steiermark Anlaß zur Sorge. Investitionen in Wissenschaft und Forschung schaffen die Grundlage für Innovation, stärken die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte und ermöglichen wissenschaftliche Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Besonders alarmierend ist, daß die ange-

kündigten Kürzungen nach Einschätzung der Universitäten einen historischen Rückschritt für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Österreich darstellen. Die Auswirkungen wären verheerend: Universitäten warnen vor dem Verlust tausender Arbeitsplätze im Wissenschaftsbereich, vor allem bei jungen Forschern, vor einer Verringerung des Lehrangebots, längeren Studienzeiten, verschlechterten Betreuungsverhältnissen sowie einer Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte ins Ausland. Die KPÖ hat mit einem Antrag gefordert, der Landtag möge sich für eine ausreichende Finanzierung der Universitäten aussprechen. Gerade die Steiermark wäre nämlich von dieser Entwicklung in besonderem Maße betroffen. Mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP wurde der Antrag abgelehnt.

TRACHTEN FEILER

MIT UNSERER TRACHT IN DEN HERBST

Fotos: R. B. / G. B.

Langefelderst. 2 8793 Trofaiach, Tel.: 03847 / 2308, www.trachten-feiler.at

Di - Fr 09:00 - 12:30 & 15:00 - 18:00 Uhr | Sa 09:00 - 12:30 Uhr

Pensionen kosten zu viel?

Die Wahrheit sieht anders aus!

Wenn es um Fragen der Zukunft des österreichischen Budgets geht, gibt es eine Standardantwort: Die Pensionen kosten zu viel. Dann wird auf die „Pensionskosten des Staates“ verwiesen, die unter dieser fälschlichen Rubrik über 32 Milliarden Euro und damit über ein Viertel der Ausgaben des Bundes betragen. Tatsächlich fließt von diesen Ausgaben nur ein Teil, ca. ein Viertel, ins Pensionssystem der ASVG-Versicherten.

Ein großer Brocken – etwa ein Drittel – stellen die Ruhegehälter der Beamten dar, der große Rest sind Sozialausgaben in Ergänzung zur Pensionsversicherung, aber nicht deren Bestandteil. Die angeblich „zu teuren Pensionen“ werden als Kampfbegriff derer verwendet, die das bewährte Umlagesystem der gesetzlichen Pensionsversicherung zugunsten privater Versicherungen madig machen wollen. Die Regierung hat mit dem sogenannten „Nachhaltigkeitsmechanismus“ beschlossen,

daß – werden die geplanten Einsparungen von 7,5 Milliarden Euro bis 2030 nicht erreicht – Verschlechterungen im Pensionssystem gesetzlich vorgeschrieben werden: zum Beispiel eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre oder darüber.

Demgegenüber zeigen alle Untersuchungen der Alterssicherungskommission, die von der Regierung eingesetzt wurde, daß das Pensionssystem auf der derzeitigen Grundlage auf lange Sicht stabil bleibt.

Erhöhung des Pensionsantrittsalters heißt nicht automatisch geringere Pensionsausgaben

Erstaunlich ist, daß niemand von den Verfechtern eines höheren Antrittsalters vorweisen kann, was sich der Staat dadurch tatsächlich ersparen könnte. Weder die Alterssicherungskommission noch eines der zahlreichen Wirtschaftsforschungsinstitute haben bisher eine solche Rechnung aufgestellt. Es gibt dazu bis dato keine seriöse wissenschaftliche Untersuchung. Abgesehen davon, daß die Lebenserwartung nicht mehr in dem Ausmaß steigt, wie in früheren Jahren, gibt es gute Gründe, einen Einsparungseffekt für den Staatshaushalt bei einem höheren Antrittsalter in Zweifel zu ziehen. Es kommen zwar in den ersten Jahren der ver-

längerten Arbeitsjahre mehr Beiträge in die Pensionsversicherung, aber nicht in dem Ausmaß der verlängerten Arbeitszeit. Denn ein erheblicher Teil von Menschen wird aus der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit oder dem Krankenstand in die Pension übertreten. Außerdem werden dann höhere Pensionen bzw. die nicht gedeckten Versicherungszeiten bis zum Lebensende, also höhere Pensionsausgaben, anfallen.

Außerdem müßte der Staat länger als bisher den Beschäftigten im öffentlichen Dienst höhere Gehälter (Biennalsprünge) zahlen und die daraus resultierenden höheren Ruhegehälter. Ob all das zu einem zumindest relativen Rückgang der Ausfallhaftung im ASVG oder der Pensionsfinanzierung im öffentlichen Dienst im Budget führt, ist zumindest offen.

PENSIONEN KOSTEN ZU VIEL? DIE WAHRHEIT SIEHT ANDERS AUS!

Von über € 32 Mrd., die fälschlich als „Pensionskosten des Staates“ bezeichnet werden, fließt nur ein Bruchteil ins Pensionssystem der Arbeiter und Angestellten.

ca. 1/4
ASVG - PENSIONEN
FÜR ARBEITER UND
ANGESTELLTE

ca. 1/3
RUHEGELÜSSE
(PENSIONEN) DER
BEAMTEN

ÜBER
€ 32 MRD.

FÄLSCHLICH ALS
„PENSIONSKOSTEN
DES STAATES“
BEZEICHNET

ca. 1/3

SOZIALAUSGABEN
IN ERGÄNZUNG ZUR
PENSIONSVERSICHERUNG -
ABER NICHT TEIL
DES PENSIONSSYSTEMS

WIR LASSEN UNS NICHT EINSCHÜCHTERN!

Kommentar von KPÖ Gemeinderat Christian Weiß

Unsere Bauern verdienen eine Unterstützung!

Dieser Sommer hatte es in sich! Große Hitze und kaum Niederschlag brachten vor allem unsere Landwirte in Existenznöte. Auf Grund der großen Trockenheit wurde das Futter knapp. Für das zugekaufte Futter, wenn es überhaupt verfügbar war, mußten horrende Preise bezahlt und Tiere notgeschlachtet werden. Die Hilfe von Bundes- und Landesregierung war zwar ein Tropfen auf den heißen Stein, an den finanziellen Nöten vieler Landwirte änderte sie jedoch nichts. In jeder „Sonntagsrede“

werden unsere Bauern gelobt; als Garanten unserer Lebensmittelversorgung und Pfleger der Kulturlandschaft. Wenn es dann um konkrete Hilfen in einer Notlage geht, bleibt die Unterstützung bescheiden. Erinnern wir uns an Corona. Da wurden Hoteliers, Großgastronomen und Handelsketten von der Bundesregierung mit Geld zugeschüttet, als gäbe es kein Morgen.

An dieser Situation wird die Gemeinde Trofaiach nichts ändern können. Aber einen Akt der Solidarität in dieser schwierigen Zeit sollte

auch Trofaiach für seine Bauern setzen. Das haben wir im Gemeinderat beantragt. So könnte der Besamungszuschuß, der unlängst verringert wurde, deutlich erhöht werden. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig beschlossen, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung einen konkreten Unterstützungsvorschlag auszuarbeiten. Eines ist klar: Wenn Trofaiach auch nur begrenzte Budgetmittel hat, muß es trotzdem um eine konkrete finanzielle Hilfe gehen. Worthülse allein sind zu wenig! Schließlich werden fast in



jeder Stadtrats- und Gemeinderatssitzung tausende Euro an Subventionen verteilt. Diesmal muß an unsere Bauern gedacht werden!

Dr. DI Christian Weiß
KPÖ-Gemeinderat

Ihre Werte in besten Händen

Richard und Lisa Jahrbacher raten beim Verkauf von Wertgegenständen an mobile Händler zu großer Vorsicht. Wenn es um die Schätzung von Schmuck, Gold und weiteren Edelmetallen, Pelzen und anderen Wertgegenständen geht, ist das Familienunternehmen von Richard und Lisa Jahrbacher ein seriöser Ansprechpartner.

„Wir sind vor Ort, wir sind greifbar, und wir sind seit Jahrzehnten in der Branche tätig“, sagt Lisa Jahrbacher. „Deshalb können unsere Kunden auf eine ebenso faire wie professionelle Schätzung vertrauen.“

Gleichzeitig warnen die

beiden Experten vor sogenannten mobilen Händlern, die immer wieder durchs Land ziehen, und ein paar Tage in der Stadt bleiben, um mit überzogenen Versprechungen Kunden anzulocken. „Diese Angebote klingen meist viel zu gut, um wahr zu sein. Hier ist äußerste Vorsicht geboten“, sagt Richard Jahrbacher.

„Beim Verkauf von Wertgegenständen empfehlen wir ausschließlich Fachleute, die nach den gesetzlichen Richtlinien handeln und auch eine entsprechende Ausbildung haben.“ Lisa Jahrbacher ist ausgebildete Gemmologin und diplomierte Diamantenfachfrau. „Wir bieten kostenlose Schätzungen aller Wert-



gegenstände an und arbeiten dafür mit gerichtlich zertifizierten Sachverständigen zusammen“, sagt sie.

Nähere Infos gibt es in den beiden Fachgeschäften

beim Schwammerlturm in Leoben und am Hauptplatz in Bruck sowie unter Tel. 0664/3382716 oder auf www.jahrbacher.at bzw. 0664/304 3873.

Wirtschaftswunder durch Rüstung?

Mehr Mittel für die Gemeinden sind notwendig damit sie wieder investieren können um den Menschen ein lebenswertes Umfeld zu bieten und auch die regionale Wirtschaft zu stärken. Während der Bundeskanzler und der steirische ÖVP-Wirtschaftslandesrat eine Ankurbelung der Wirtschaft über die Rüstung propagiert, und sich der SPÖ-Finanzminister beeilt nach Brüssel zu fahren um zu erreichen, dass Rüstungsausgaben nicht defizitwirksam werden, stehen die Gemeinden im Regen.

KPO

Wenn die Fläche Österreichs so aufgeteilt wäre wie das Vermögen, würden...



Neun Milliarden durch Vermögenssteuer wie im OECD-Durchschnitt

Woher soll das Geld für die Gemeinden kommen? Da die Gemeinden selbst nur beschränkt Einnahmen lukrieren können muß der Bund dafür sorgen. Allein wenn der Anteil von vermögensbezogenen Steuern auf den OECD-Durchschnitt angehoben würde, wären das rund neun Milliarden zusätzlich. Damit könnte ein Entlastungspaket für die Gemeinden finanziert werden.

DAS PFANDHAUS

PFANDLEIHE & GOLDANKAUF

**SOFORT
GELD
IN BAR**

BIS ZU

10%

**ÜBER TAGESKURS
BEIM GOLDANKAUF***

Goldschmuck • Münzen • Barren • Zahngold

Faire Preise und persönliche Beratung.



JETZT GRATIS SCHÄTZUNG IM PFANDHAUS

- ✓ Kostenlose und unverbindliche Bewertung
- ✓ Sofort Bargeld vor Ort
- ✓ Diskrete und seriöse Abwicklung

PFANDLEIHE FÜR:



**ELEKTRONIK
& TECHNIK**



LUXUSUHREN



**SCHMUCK
& GOLD**



www.pfandhaus-leoben.at



Das Pfandhaus
Waasenplatz 1 | 8700 Leoben



0660 / 790 1036

*Aktion abhängig von Menge, Reinheit und Marktsituation.

Klein, aber mit Biss



BUCHTIPP

Seit einigen Jahren greift die Europäische Union zum Mittel von Sanktionen gegen Personen und Organisationen, verhängt ohne Gerichtsverfahren, Anhörung oder Verteidigung. Tausende Menschen landen auf schwarzen Listen, ihre Vermögen werden eingezogen, ihre Bewegungsfreiheit beschränkt.

Anhand konkreter Fälle – darunter drei Deutsche, die auf EU-Listen gelandet sind – zeigt Hofbauer, wie schnell politische Abweichung zur materiellen Vernichtung und zum gesellschaftlichen Ausschluss führen kann. „Aller Rechte beraubt“ ist eine Analyse dieser Vorgänge.



Hannes Hofbauer: Aller Rechte beraubt. Mit außergerichtlichen EU-Sanktionen zum autoritären Staat
Promedia 2026. 224 S. € 22,00.
ISBN: 978-3-85371-556-7.

OM: Das Ende einer Traditionsmarke

Die Obersteirische Molkerei (OM) blickt auf eine fast hundertjährige Geschichte zurück. Nun wurde das Ende der Eigenständigkeit eingeleitet. Die Genossenschaftsmitglieder haben mit großer Mehrheit der Fusionierung mit Berglandmilch zugestimmt.

Offensichtlich sieht die große Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder ihre Zukunft durch die Fusionierung besser abgesichert. Derzeit hat die OM Standorte in Knittelfeld, Spielberg und Kapfenberg. Im Kapitalismus herrscht beinharte Konkurrenz. Wachsen oder weichen gilt in vielen Branchen, so auch in der Milchwirtschaft. Erfahrungen zeigen, dass Verschlechterungen, wie Rationalisierungen, weniger

Arbeitsplätze und Standortschließungen oft den Fusionierungen nachfolgen. Es wird sich zeigen, ob das auch in diesem Fall so ist.

Ob dieser ständige Konkurrenz- und Leistungsdruck unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems das Beste für Natur, Tiere – Turbokühe mit immer mehr Milchleistung – und Bäuerinnen und Bauern ist, darf bezweifelt werden.

Kostenlose Marktwerteinschätzung

bis 30. November 2026

Immobilienverkauf?

Ich berate Sie gerne!

Jetzt Termin vereinbaren!



 **REMAX**
Tradition



Wolfgang Wilding

+43 664 395 17 40

office@remax-tradition.at

Waasenplatz 1, 8700 Leoben

Wohn

gemeinschaften:

Auch rechtlich nicht immer einfach

Wegen der zum Teil exorbitant gestiegenen Mietkosten werden – nicht nur für Studierende – Wohngemeinschaften immer beliebter. Eine funktionierende WG hängt vor allem davon ab, ob man sich menschlich gut versteht, aber auch rechtlich gilt es einiges zu beachten. Der Mietvertrag kann in der Form abgeschlossen werden, daß es auf Mieterseite einen Hauptmieter und einen oder mehrere Untermieter gibt oder – und das ist häufiger der Fall – so, daß im Mietvertrag auf Mieterseite alle Bewohner namentlich genannt werden.

In letzterem Fall bilden die Mieter eine Rechtsgemeinschaft und können daher immer nur gemeinsam

rechtliche Schritte setzen. Das betrifft z.B. die vorzeitige Beendigung des Mietverhältnisses, die nur wirksam wird, wenn alle Mieter die Kündigung unterschreiben. Die Kündigung eines einzelnen Mitglieds der WG wäre außerdem nur dann möglich, wenn nicht nur alle Mitmieter einverstanden sind, sondern auch der Vermieter. Umgekehrt haften alle Mieter für die Bezahlung der Miete solidarisch, das heißt, der Vermieter kann einzelne Mieter auch dann auf Bezahlung des gesamten Rückstandes klagen, wenn diese nachweisen können, ihren „Anteil“ an der Gesamtmiete geleistet zu haben.

Insbesondere unter Stu-

dierenden ist es gängige Praxis, bei Einzug in eine WG die vereinbarte Kautions dem ausziehenden Vormieter zu zahlen. Das birgt allerdings das Risiko, daß, wenn man zu den letzten Bewohnern der WG zählt, bevor diese aufgelöst wird, der Vermieter die seinerseits von den ersten Bewohner der WG eingehobene Kautions für die Reparatur allfälliger, im Laufe der Zeit entstandenen Schäden

in der Wohnung heranziehen wird. Abhilfe würde hier nur die Bezahlung der Kautions an den Vermieter schaffen, was aber aus verschiedenen Gründen wiederum sehr unpraktisch ist.

Seltener bekommen die Mitglieder einer WG vom Vermieter einzelne, meist auf ein konkretes Zimmer einer Wohnung bezogene, Mietverträge.

Gold- und Silberankauf!



STOP! Wenn Sie Ihren Gold- und Silberschmuck, Diamant-, und Edelsteinschmuck, Ihre Gold- und Silbermünzen, Armband- und Taschenuhren, Briefmarken, Orden und Auszeichnungen, Urkunden, Fotoalben und Bücher vom 1. bzw. 2. WK, Bilder, Teppiche verkaufen möchten, fragen Sie zuerst unsere **Sachverständigen**. **Schätzungen** sind in unseren Geschäften in **Leoben** (beim Schwammerlturm) und **Bruck** (Hauptplatz, im Haus Glasbau Gruber) **kostenlos** – Hausbesuche nach Anruf. Wir erstellen auch **Gutachten** für Schmuck und Antiquitäten für Haftungsversicherungen und Testamente.

☎ 0664 / 33 82 716

ÖFFNUNGSZEITEN: Bruck: 9-15 Uhr | Leoben: 8-16 Uhr

SOFORTANKAUF
GOLDDUKATEN, PHILHARMONIKER, BABENBERGER, GOLDBARREN.
AUCH JEDE MÜNZSAMMLUNG! SILBER, KUPFER UND NICKEL.
ANKAUF VON 10-, 25-, 50-, 100- und 500-SCHILLING-MÜNZEN!
(auch beschädigte Münzen)
WWW.JAHRBACHER.COM



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.
 Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung Juli 2026

Umbau der Energieversorgung: Kosten müssen transparent sein

Im Dezember letzten Jahres hat der Landtag Steiermark eine Enquete zum Thema Energie abgehalten. Neben den Landtagsparteien waren dazu auch namhafte Expertinnen und Experten von Universitäten und aus verschiedenen Bereichen der Energiewirtschaft geladen. Ziel war es, Ausblicke auf die kommenden Herausforderungen in der Steiermark zu geben. Für die KPÖ stand dabei im Zentrum, daß Energie - Strom, Gas und Fernwärme - für die Haushalte leistbar sein muß.

In der Landtagssitzung wurde ein Antrag von FPÖ und ÖVP vorgelegt, der die Ergebnisse dieser Enquete zusammenfassen und als Forderungen und Maßnahmen an Landes- und Bundesregierung richten sollte. „Leider blieb dabei offen, was genau unter richtigen Schlagworten wirklich zu verstehen ist, welchen Zeithorizont diese Maßnahmen haben sollen und wie etwa mit den Kosten umzugehen ist“, so Alexander Melinz (KPÖ). So wurden wichtige Fragen – etwa wer die Kosten des nötigen Netzausbaus tragen soll – nicht geklärt. Allein diese Maßnahme wird in den nächsten zehn Jahren mehrere Milliarden Euro kosten. Melinz: „Es würde zu Energiekostensteigerungen in einem nicht tragbaren Ausmaß führen, wenn alle Investitionskosten auf die Kunden abgewälzt werden.“ Die KPÖ forderte in einem Antrag Kostenwahrheit für die geplanten Projekte – also aufzuzeigen, welche Kosten auf die Stromkunden potenziell zukommen. Der Antrag wurde von FPÖ und ÖVP allerdings abgelehnt.

Fall Grasser: KPÖ will Korrupte von Privat- konkurs ausschließen

Wegen Korruption wurde der ehemalige Finanzminister Karl-Heinz Grasser 2020 im Prozeß rund um die Privatisierung der Bundeswohn-

baugesellschaft (BUWOG) zu acht Jahren Haft verurteilt. Kürzlich hat der Oberste Gerichtshof das Urteil bestätigt und das Strafausmaß auf vier Jahre Freiheitsstrafe herabgesetzt. Grasser beantragte daraufhin Privatkonkurs. „Wer – wie Karl-Heinz Grasser – die Allgemeinheit durch korrupte Handlungen massiv geschädigt hat, sollte nicht die Vorteile eines Privatkonkurses genießen. Bereits jetzt sind bestimmte Delikte wie betrügerische Krida oder Vollstreckungsvereitelung Gründe, um ‚unredliche‘ Schuldner von einer Restschuldbefreiung auszuschließen. Wir wollen



Foto: wilhei. pixabay

das auf Korruptionsdelikte ausweiten“, sagt Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ). Die KPÖ hat deshalb im Landtag gefordert, daß die Bun-

desregierung das Gesetz in diesem Sinne ändern sollte: Bei Korruption soll künftig kein Privatkonkurs mehr möglich sein. Leider stellten sich sowohl die Parteien der Landesregierung, FPÖ und ÖVP, als auch SPÖ und Grüne gegen den Antrag. Als Finanzminister hatte Grasser Informationen über die Privatisierung von über 60.000 Wohnungen in Bundesbesitz an befreundete Lobbyisten weitergegeben. Die Firma Immofinanz, die damals diese Wohnungen gekauft hat, soll damit einen Gewinn von über einer Milliarde Euro gemacht haben. Der Republik ist dementsprechend ein ordentlicher Schaden entstanden.



Alexander Melinz, KPÖ: „Die Kosten für den Ausbau erneuerbarer Energien dürfen nicht auf die Endverbraucher abgewälzt werden.“

Pulverfass Europa: Wie die EU-Aufrüstung den Frieden aufs Spiel setzt

Die Europäische Union erlebt eine historische Militarisierungswelle. Was angeblich als Friedensprojekt gegründet wurde, um Kriege auf dem eigenen Kontinent für immer unmöglich zu machen, mutiert in rasantem Tempo zu einem hochgerüsteten Militärblock. Angetrieben von geopolitischen Ängsten und politischer Rhetorik investieren die EU-Mitgliedstaaten Summen in ihre Armeen, die jegliche historischen Dimensionen sprengen – eine Entwicklung, welche Kritiker als direkte Einbahnstraße in künftige Konflikte sehen.

Rekordsummen für die Rüstungsspirale

Die Zahlen der Europäischen Union sprechen eine eindeutige Sprache: Im Jahr 2025 stiegen die Verteidigungsausgaben der Union auf 418 Milliarden Euro, für 2026 wird ein weiterer mas-

siver Sprung auf 454 Milliarden Euro prognostiziert. Das entspricht fast einer Verdopplung der Ausgaben im Vergleich zu 2021.

Angeführt wird diese Dynamik von Deutschland, das laut aktuellen Berichten des Friedensforschungsinstituts SIPRI mit Ausgaben

von rund 114 Milliarden US-Dollar mittlerweile weltweit auf Platz vier und europaweit auf Platz eins der Rüstungsausgaben geklettert ist. Doch diese Milliarden fließen nicht in ein Vakuum. Sie füttern eine Rüstungsindustrie, deren Produktionskapazitäten massiv ausgeweitet werden und die von der Politik gezielt mit Milliardenprogrammen wie dem SAFE-Kreditrahmen gepusht wird.

Die Illusion der „Sicherheit durch Waffen“

Die offizielle politische Linie der EU-Kommission

deklariert diese Aufrüstung als alternativlose Notwendigkeit zur Abschreckung. Historisch und friedenspolitisch betrachtet ist dieses Argument jedoch brandgefährlich. Rüstung schafft keinen dauerhaften Frieden; sie schafft die materiellen Voraussetzungen für den Krieg.

Kritiker aus Friedensbewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie attac Österreich weisen vehement darauf hin, dass diese Dynamik eine klassische, unkontrollierbare Sicherheitsdilemma-Spirale in Gang setzt:

Wechselsei-

tiges Misstrauen: Was die EU als rein defensive Vorsorge betitelt, wird von potenziellen Gegnern als Bedrohung und Offensivpotenzial wahrgenommen. Die Folge ist eine globale Kettenreaktion der Aufrüstung.

Die Logik der Waffen: Wer Milliarden in Waffensysteme investiert, schafft Strukturen, die auf deren Einsatz drängen. Wo Panzer bereitstehen, sinkt die Hemmschwelle, politische Konflikte mit militärischer Gewalt statt mit Diplomatie zu lösen.

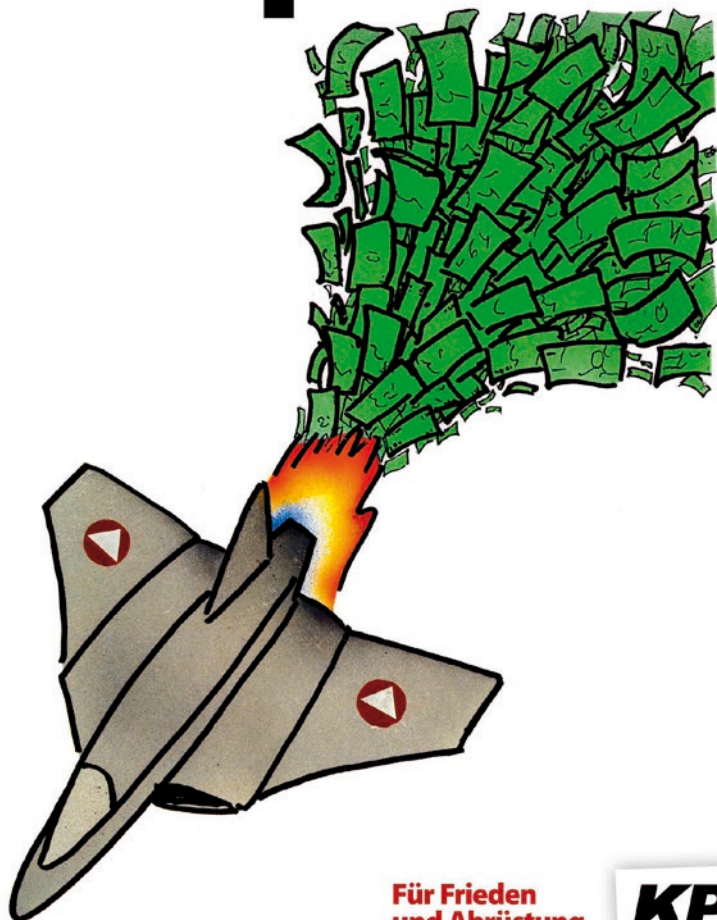
Profiteure des Sterbens: Der aktuelle Boom dient primär multinationalen Rüstungskonzernen, deren Aktienkurse durch die Decke gehen. Für diese Unternehmen ist lang anhaltender Frieden geschäftsschädigend.

Die sozialen Kosten der Militarisierung

Die Tragik der europäischen Aufrüstung zeigt sich nicht nur auf potenziellen Schlachtfeldern, sondern schon heute in den Haushalten der Mitgliedstaaten. Um die Rüstungsmilliarden zu finanzieren, setzen immer mehr Länder wie Deutschland nationale Ausweichklauseln ein, um Budgetgrenzen zu umgehen, oder kürzen an anderer Stelle.

Jeder Euro, der in Raketenabwehr, Drohnen und Munition investiert wird, fehlt unweigerlich bei der Bewältigung der realen Krisen der Menschheit. Der Kampf gegen den Klimawandel, dringende Investitionen in marode Bildungssysteme, der Ausbau des Sozialstaates und die Bekämpfung globaler Armut werden zugunsten von Kriegsgerät hintenangestellt.

Einsparen.



**Für Frieden
und Abrüstung.**

KPO

67 Milliarden Euro dem sozialen Wohnbau entzogen

Seit dem EU-Beitritt ist der Anteil der Wohnbauförderung am BIP auf ein Drittel gesunken. Wer die Wohnungsnot bekämpfen will, kommt um strukturelle Änderungen nicht umhin.

Der Mietpreisdeckel, den die Regierung beschlossen hat, geht zwar in die richtige Richtung, ist aber insgesamt nur eine kosmetische Korrektur. Die Wohnungsnot in Österreich hat tiefreichende strukturelle Ursachen, an denen kaum gekratzt wird.

Die staatliche Wohnbauförderung erreichte 1994 – wohl nicht zufällig das letzte Jahr vor dem EU-Beitritt – mit einem Anteil von fast 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts seinen bisher höchsten Wert. Die Wohnbauförderung ist zwar nicht gleichzusetzen mit dem sozialen Wohnbau, sie stellt aber für gemeinnützige Bauträger und Gemeinden die finanziellen Grundlagen zur Verfügung, um günstigen Wohnraum zu schaffen.

Stetiger Rückgang der Wohnbauförderung

Seit 1994 ist die Wohnbauförderung stetig zurück-

gegangen (sh. Grafik 1): von fast 1,5 Prozent Anteil am BIP auf zuletzt unter 0,5 Prozent. Dieser kontinuierliche Rückgang auf ein Drittel hat gewaltige Auswirkungen. Insgesamt sind dadurch fast 67 Milliarden Euro – akkumuliert über drei Jahrzehnte – den Österreicher an Wohnbauförderung vorenthalten worden. Hätte der Anteil der Wohnbauförderung am BIP noch das Niveau von Mitte der 90er Jahre, stünden allein 2025 fünf Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Daß die Regierung eine zusätzliche Milliarde an Zweckzuschüssen des Bundes für die Wohnbauförderung für die Jahre 2024 bis 2026 zur Verfügung gestellt hat, ist zwar besser als nichts, kann aber nicht annähernd die Lücke schließen, die durch den langfristigen Absturz der Wohnbauförderung entstanden ist. Selbst die längst notwendige Wiedereinführung der Zweckbindung der

Wohnbauförderung, die 2008 abgeschafft wurde, hat es über eine Ankündigung im Regierungsprogramm hinaus nicht geschafft.

Rückgang des sozialen Wohnbaus

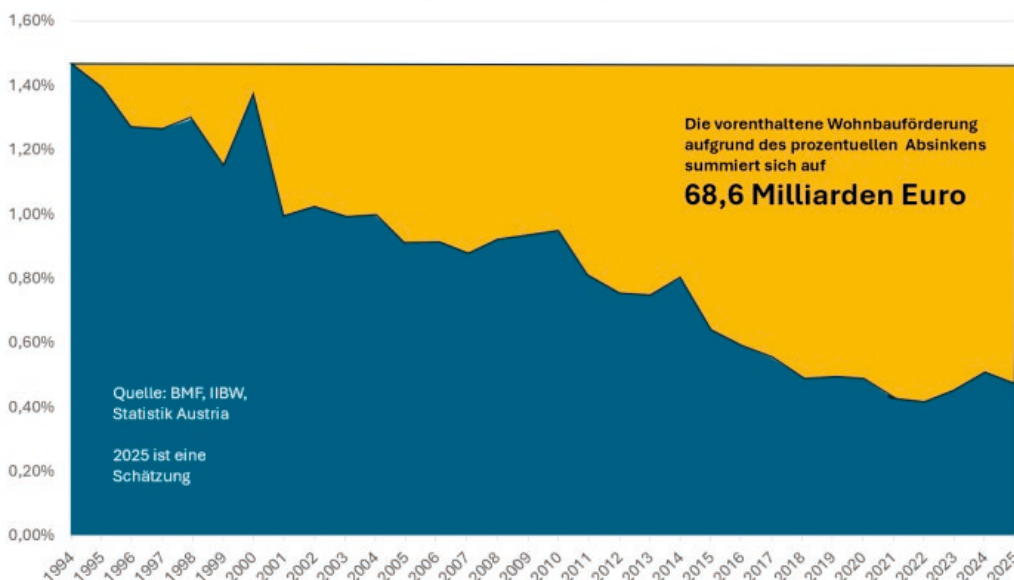
Entsprechend zurückgegangen ist auch der mit diesen Mitteln geförderte Wohnraum: von über 50.000 Wohneinheiten Anfang der 90er Jahre auf zuletzt 14.000 Wohneinheiten 2025. Die Bauleistung von gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen ist zwar nicht so drastisch geschrumpft, aber auch hier kann ein deutlicher Rückgang registriert werden: von 18.000 bis 19.000 Wohneinheiten Anfang der 90er Jahre auf 11.000 bis 13.000 Wohneinheiten in den letzten Jahren. Dafür ist zwischenzeitlich der frei finanzierte private Wohnungssektor nach oben geschossen. Der Anteil der Mieter im sozialen Wohnbau ist sich zwar nach wie vor hoch, langsam, aber stetig geht jedoch auch er zurück: von beinahe 60 Prozent 2011 auf zuletzt unter 55 Prozent.

Die Menschen in Österreich bekommen das zu spüren: Die Wohnungskosten pro Quadratmeter liegen im privaten Wohnungssektor um 47 Prozent über denen im Gemeindebau und immerhin noch 37 Prozent über denen von Genossenschaften. Während im privaten Wohnungsbereich 21 Prozent der Mieter mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben, sind es im genossenschaftlichen 13 und im kommunalen Sektor elf Prozent.

Austeritätspolitik, Privatisierung, EU-Regeln ...

Das Austrocknen des sozialen Wohnbaus hängt auf mehreren Ebenen mit dem neoliberalen EU-Regime zusammen. Die Austeritätsdikate – Maastricht-Kriterien, Fiskalpakt etc. – lassen den Spielraum für den öffentlichen Wohnungssektor schrumpfen. Öffentliche Beihilfen, auch im Wohnungsbereich, stehen immer in Verdacht, gegen den heiligen Gral der EU, die „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (EU-Vertrag), zu verstoßen. EU-Staaten wie Schweden und die Niederlande, die über einen ausgeprägten sozialen Wohnsektor verfügen, mussten aufgrund von Klagen beim Europäischen Gerichtshof ihre Beihilfen für den sozialen Wohnungssektor zurückfahren. Das Lobbying der privaten Immobilienwirtschaft auf EU-Ebene ist einflußreich. Mit der Privatisierung von gemeinnützigen Genossenschaften wie z. B. der BUWOG haben private Wohnungskonzerne wie der deutsche Vonovia-Konzern auch in Österreich einen Fuß in der Tür. Durch diese Pri-

Grafik 1 **Wohnbauförderung, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts Österreich 1994 - 2025**



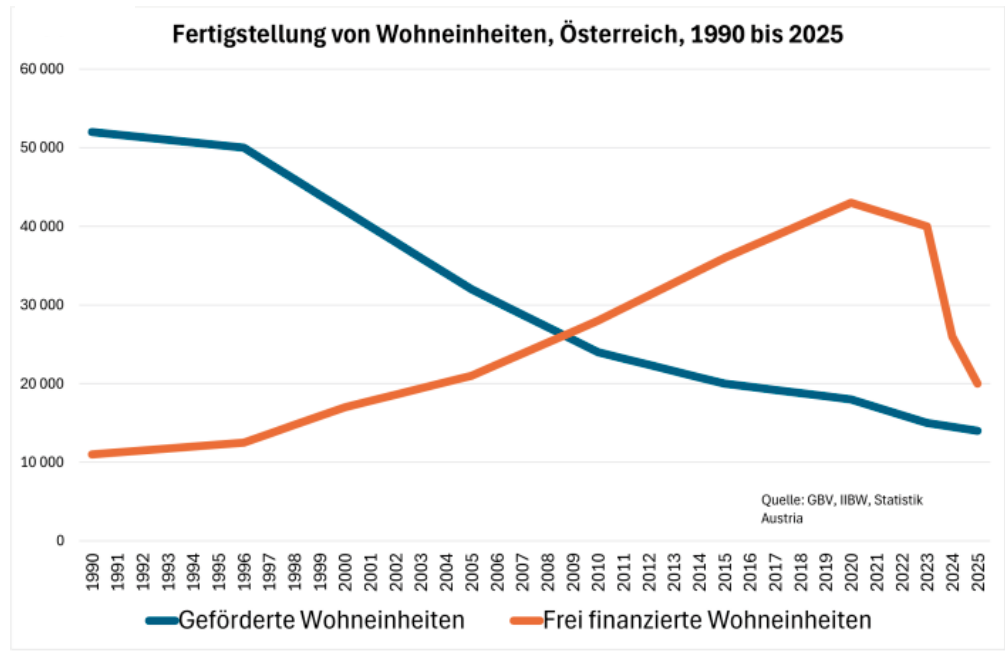
Fortsetzung umseitig

vatisierung wechselten zehntausende Wohnungen vom öffentlichen Bestand in den renditeorientierten Immobilienmarkt.

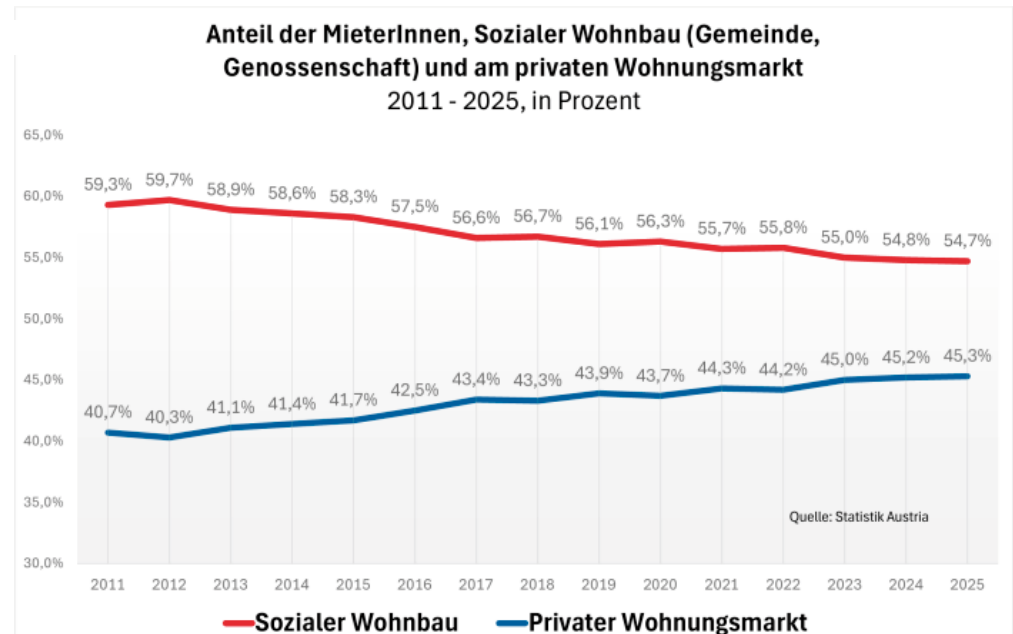
Solidarische Wohnversicherung!

Eine Wohnungspolitik, die das Grundrecht auf angemessenen Wohnraum für jeden durchsetzen will, muß bei diesen strukturellen Wurzeln der Wohnungsnot ansetzen. Der Rückgang der öffentlichen Mittel für die Wohnbauförderung dient dazu, Menschen in den privaten Markt zu drängen und die Wohnungskosten hoch zu halten. Dieser private, gewinnorientierte Wohnungsmarkt muß ausgetrocknet werden, indem die öffentlichen Mittel zur Schaffung von leistbarem Wohnraum zumindest wieder auf das Niveau von vor dem EU-Beitritt angehoben werden.

Gerald Oberansmayr



War Anfang der 90er Jahre das Verhältnis von sozialem Wohnbau zu frei finanzierten Wohnungen in etwa 80:20, so kehrte sich das Verhältnis bis Anfang 2020 nahezu um, ehe schließlich auch der private Wohnungssektor abstürzte.



Der Anteil der Mieter im sozialen Wohnbau ist sich zwar nach wie vor hoch, langsam, aber stetig geht jedoch auch er zurück: von beinahe 60 Prozent 2011 auf zuletzt unter 55 Prozent.

Löhne bei Firmenpleiten sichern

Wer in Folge einer Firmenpleite seinen Job verliert, hat es ohnehin schwer genug. Gerade in wirtschaftlich turbulenten Zeiten dauert es oft, bis ein neuer gefunden wird. Das in Österreich niedrige Arbeitslosengeld wirkt zusätzlich belastend.

Eines freilich kann nicht sein, daß die Betroffenen auch noch um ihren ausstehenden Lohn umfallen. Wer

gearbeitet hat, der muß auch dann abgesichert sein, wenn das Unternehmen nicht mehr zahlen kann. Dafür gibt es den Insolvenzentgeltfonds.

Es darf nicht sein, daß sich die Unternehmen hier aus der Verantwortung stehlen. Aber genau das droht jetzt. Durch die letzten Beitragssenkungen können die

Leistungen in naher Zukunft nicht mehr finanziert werden.

Geht es nach Wirtschaftsvertretern, sollen daraus Verschlechterungen für die betroffenen Beschäftigten folgen. Das ist ebenso abzulehnen wie der Vorschlag aus den Reihen der Neos, daß auch die Rücklagen der Arbeiterkammer zur Finanzie-

rung herangezogen werden.

Wer gearbeitet hat muß seinen Lohn bekommen. Und ebenso klar ist, daß dies durch die Unternehmen finanziert werden muß. Die Arbeiterkammerbeiträge der Beschäftigten sind mit Sicherheit nicht dazu gedacht.

Udo Ranninger
ist Arbeiterkammerrat der
Liste KPÖ-GLB

UMFRAGE

Unsere Bauern unterstützen!

Die Hitze und Trockenheit des vergangenen Sommers haben viele unserer Bauern in große Schwierigkeiten gebracht. Wegen der Trockenheit muß noch immer Futter teuer zugekauft und Tiere notgeschlachtet werden. Die Unterstützungen von Bundes- und Landesregierung waren ein Tropfen auf den heißen Stein. Die KPÖ stellte im

Gemeinderat den Antrag als Zeichen der Solidarität mit unseren Trofaiacher Landwirten eine Unterstützung zu gewähren. Beispielsweise könnte der erst vor kurzem gekürzte Besamungsschuß erhöht werden. Es wurde beschlossen bis zur nächsten Gemeinderatssitzung eine konkrete Unterstützungsleistung vorzustellen.



Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Unterstützung für unsere Bauern?

JA NEIN

Die Trofaiacher Landwirte sollten eine Unterstützung bekommen.

☐ ☐

Weitere Vorschläge und Meinungen

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

TROFAIACHER NACHRICHTEN

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

IHRE IMMOBILIE. UNSER AUFTRAG.

Wir suchen gezielt für unsere vorgemerkten Kund:innen.

Als erfahrene Immobilienmakler:innen in Leoben und Umgebung kennen wir den Markt, die Menschen und die Chancen. Wir suchen laufend Einfamilienhäuser, Wohnungen und Grundstücke für unsere vorgemerkten Kaufinteressent:innen und sorgen dafür, dass jede Immobilie die passenden Käufer:innen findet.



VORGEMERKTE KUND:INNEN

Zahlreiche Interessent:innen warten auf Ihre Immobilie.



PERSÖNLICH & REGIONAL

Wir beraten persönlich, diskret und mit echter Marktkennntnis.



BESTER SERVICE FÜR SIE

Von der Bewertung bis zum erfolgreichen Abschluss - wir begleiten Sie.



ERFAHREN. VERLÄSSLICH. ERFOLGREICH.

Ihre Immobilien in besten Händen.

SREAL
Immobilien



WIR
BERATEN
SIE
GERNE!

LASSEN SIE UNS GEMEINSAM MEHR ERREICHEN.

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

www.sreal.at

Markus Letonja

+43 664 8385998
markus.letonja@sreal.at

Katarina Trajkovic

+43 664 8184145
katarina.trajkovic@sreal.at



**NEUWERTIG
& SOFORT
BEZUGSBEREIT**

**Moderne Doppelhaushälfte
in St. Michael / Obersteiermark**

119,82 m² Nfl., 422 m² Gfl., 3 Schlafzimmer, Terrasse & Balkon, Vollkeller, Fußbodenheizung & Wohnraumlüftung, inkl. hochwertiger Einbauküche, Doppelcarport und PKW-Abstellplatz, HWB: 38,70 kWh/m²a, fGEE: 0,66; **KP: € 369.000,-**



**Charmantes Wohnhaus
in Göss/ Leoben**

109,55 m² Nfl., 772 m² Gfl., Modernisierungen 2021, Keller, Garage, überdachte Terrasse mit Grill, großzügiger Garten, eine besondere Wohngelegenheit in beliebter, HWB: 132,50 kWh/m²a, fGEE: 1,39; **KP: € 375.000,-**



Liebevoll gepflegtes Einfamilienhaus in Proleb

BJ. 1961, 95,88 m² Nfl., 778 m² Gfl., Balkon, Keller, Garage, Werkstatt, das Dach, Fenster und Heizung wurden in den 90ern erneuert, Gaszentral u. Festbrennstoffkessel vorhanden, HWB: 330,40 kWh/m²a, fGEE: 3,12; **KP: € 195.000,-**



Einfamilienhaus mit großzügigem Grundstück in Aussichtslage in Trofaiach

127 m² Nfl., 1.658 m² Gfl., Potenzial für individuelle Gestaltung, Garage, überdachte Abstellflächen, Öl-Zentral und Festbrennstoffkessel. HWB: 360,30 kWh/m²a, fGEE: 3,23; **KP: € 175.000,-**



Großzügiges Ein- bis Zweifamilienhaus nahe Vordernberg

146,08 m² Nfl., 1.118 m² Gfl., Erdwärme mit Tiefenbohrung, Luftwärmepumpe für Warmwasser, zusätzliche Festbrennstoff-Zentralheizung, großzügiger Garten & Lärmschutzwand, HWB: 231,70 kWh/m²a, fGEE: 2,08; **KP: € 159.000,-**



Großes, zentrales und sonniges Baugrundstück für Bauträger geeignet in Trofaiach

6.755 m² Baugrundstück (WR 0,2-0,4) eigene Zufahrt, Kanal & Wasser am Grund (Für Bauprojekt ist Aufschließungserfordernis gegeben), Bauverpflichtung; **KP: € 449.000,-**



Außergewöhnliche, hochwertig sanierte 5-Zimmer-Eigentumswohnung – seltene Gelegenheit!

170,24 m² Nfl., 506 m² Eigengrund, eigener Eingang, Keller, Garage, überdachte Terrasse, Fußbodenheizung, Sommerhaus mit Fitnessraum, HWB: 222,10 kWh/m²a, fGEE: 3,38; **KP: € 429.000,-**



Ideal aufgeteilte 4-Zimmer Wohnung in sehr zentraler Leoben Lage

87,61 m² Nfl., durchdachter Grundriss, westliche Loggia, Lift (Halbstock) Elektroheizung, Kellerabteil, eigener Autoabstellplatz, HWB: 85,70 kWh/m²a, fGEE: 1,31; **KP: € 126.000,-**



Großzügige 5-Zimmer Eigentumswohnung im beliebten Ortsteil Judendorf/Leoben

100 m² Nfl., tolle Raumaufteilung, teilmöbliert und sofort beziehbare, ruhige zentrumsnahe Lage, eigene Gasheizung, HWB: 227,30 kWh/m²a, fGEE: 3,40; **KP: € 169.000,-**



Markus Letonja
s REAL Immobilienmakler

M: +43 664 8385998
markus.letonja@sreal.at
www.sreal.at



Katarina Trajkovic
s REAL Immobilienmaklerin

M: +43 664 8184145
katarina.trajkovic@sreal.at
www.sreal.at

